

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Landtagsabgeordneten Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc, Wolfgang Seidl und Anton Mahdalik betreffend „sofortige Preisbremse, eingebracht in der Landtagssitzung auf Verlangen am 26.4.2022

Mit der neuen CO₂-Steuer als Teil der angekündigten Steuerreform wird rund die Hälfte der 911.000 Haushalte, die mit Erdgas heizt, künftig im Durchschnitt 90 Euro pro Jahr mehr zahlen. Ab Juli 2022 werden Benzin, Diesel, Öl, Gas und auch Strom (der ja oft auch aus Gas erzeugt wird) mit einer CO₂-Abgabe belegt. Heißt im Klartext: Autofahren, Heizen und Strom werden teurer.

Die Öko-Keule CO₂-Steuer ist unsozial. Sie belastet die Autofahrer – und das auch deutlich stärker als zum Beispiel die Industrie. Mit der NoVA-Erhöhung, die dem Staat 400 Millionen Euro einbringen wird, wurde bereits der erste Anschlag auf die Autofahrer verübt. Mit der Mineralölsteuer (MöSt) bezahlen Autofahrer bereits jetzt eine hohe CO₂-Abgabe. Sie beträgt beim Diesel aktuell rund 160 Euro je Tonne CO₂ und bei Benzin rund 225 Euro je Tonne. Ab Juli 2022 kommen noch 30 Euro CO₂-Steuer je Tonne dazu, 2023 wird der Preis auf 35 Euro, 2024 auf 45 Euro und 2025 auf 55 Euro angehoben.

Die CO₂-Steuern belasten auch die Preise für Heizöl und Erdgas. Wer damit heizt, zählt ebenfalls zu den Verlierern. Laut Statistik Austria wird in etwa 40 Prozent der heimischen Haushalte mit Gas oder Öl geheizt. Das sind mehr als 1,6 Millionen Wohnungen oder Häuser. Laut Österreichische Energieagentur bedeutet die erste Stufe der CO₂-Steuer für die Bewohner eines unsanierten Hauses mit Ölheizung Mehrkosten in der Höhe von 290 Euro pro Jahr. Aber eine Preiserhöhung lauert auch in der Steckdose. Experten gehen aufgrund der ohnehin stark steigenden Preise von einer Mehrbelastung von bis zu 500 Euro pro Haushalt und Jahr aus.

Höhere Produktionskosten lassen Warenpreise steigen. Die neue CO₂-Strafsteuer wird insgesamt auch Konsumgüter verteuern, weil höhere Energiekosten nicht nur die Produktion, sondern auch den Transport der Waren teurer machen. Großer Gewinner ist der Finanzminister – höhere Preise für Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas erhöhen auch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Verlierer sind die Konsumenten, denn die Unternehmen werden die Mehrkosten wohl an die Endkunden weitergeben.

Der sogenannte Öko-Bonus mit den unterschiedlichen Stufen ist ein großer Verwaltungsaufwand. Er wird nicht ausreichen, um den Menschen die Mehrkosten zu ersetzen, die sie unter dem Deckmantel des Umweltschutzes bezahlen müssen.

Allein die bevorstehende dramatische Erhöhung des Gaspreises trifft die Wienerinnen und Wiener massiv. 49 Prozent der Wiener heizen mit Gas, weil sie in Mietwohnungen leben und gar keine Möglichkeit haben, um auf umweltfreundlichere Energieformen umzusteigen. Es ist ein Skandal, dass aufgrund dieser Umstände vielen Menschen somit das Heizen defacto unmöglich gemacht wird. Besonders betroffen sind wie immer Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sowie Bezieher geringer Pensionen. Wien muss nun endlich verstärktes Engagement in der Armutsbekämpfung zeigen und vor allem vorbeugende Maßnahmen zur Armutsverhinderung setzen.

Angesichts stark steigender Energiepreise hat Frankreich eine Deckelung der Tarife für Gas und Strom über die Wintermonate hinweg angekündigt. „Es gehe darum, die

Kaufkraft der Franzosen zu schützen.“ Den Winter über bis zum April werde der Gaspreis nicht die nach einer Erhöhung ab Anfang Oktober geltenden Tarife übersteigen. Die Heizungsrechnung der Franzosen wäre sonst um 30 Prozent gestiegen. Für die rund sechs Millionen Haushalte in Frankreich mit geringen Einkommen kündigte die Regierung außerdem einen sogenannten Energiescheck über 100 Euro an, der im Dezember ausgezahlt werden soll.

Es ist nicht einzusehen, warum ein Wiener, der am Stadtrand einen weiten Weg zu einem öffentlichen Verkehrsmittel hat, bei der bevorstehenden neuen CO₂ Steuer weniger Klimabonus erhält, als ein Grazer Innenstadtbewohner. Dieser Bestrafungsaktion des ehemaligen Bundeskanzlers Kurz, sowie des grünen Vizekanzlers Kogler und des ehemaligen Wiener ÖVP-Chef und Finanzministers Blümel muss entgegengetreten werden.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag fordert den Herrn Landeshauptmann bzw. den zuständigen Bundesminister für „Finanzen“ auf,

1. umgehend eine Tarifbremse bei Gas und Strom einzuführen,
2. die letzte Erhöhung aufgrund der Valorisierungsverordnung rückgängig zu machen,
3. eine Neuverhandlung des sog. „Klimabonus“,
4. eine Halbierung der Mineralölsteuer und
5. eine Aussetzung der CO₂-Steuer in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.